Bezugs-Preis
in der Hauptexpedition oder den im Stadtbezirk und den Vororten errichteten Ausgabestellen abgeholt: vierteljährlich ℳ 4.50, bei zweimaliger täglicher Zustellung ins Haus ℳ 5.50. Durch die Post bezogen für Deutschland und Oesterreich: vierteljährlich ℳ 6.—. Directe tägliche Kreuzbandsendung ins Ausland: monatlich ℳ 7.50.

Die Morgen-Ausgabe erscheint um ½7 Uhr, die Abend-Ausgabe Wochentags um 5 Uhr.

Redaction und Expedition:
Johannisgasse 8.
Die Expedition ist Wochentags ununterbrochen geöffnet von früh 8 bis Abends 7 Uhr.

Filialen:
Otto Klemm's Sortim. (Alfred Hahn), Universitätsstraße 3 (Paulinum),
Louis Lösche, Katharinenstr. 14, part. und Königsplatz 7.

Leipziger Tageblatt und Anzeiger.

Amtsblatt des Königlichen Land- und Amtsgerichtes Leipzig, des Rathes und Polizei-Amtes der Stadt Leipzig.

Anzeigen-Preis
die 6gespaltene Petitzeile 20 Pfg.
Reclamen unter dem Redactionsstrich (4gespalten) 50 ₰, vor den Familiennachrichten (6gespalten) 40 ₰.
Größere Schriften laut unserem Preisverzeichniß. Tabellarischer und Ziffernsatz nach höherem Tarif.

Extra-Beilagen (gefalzt), nur mit der Morgen-Ausgabe, ohne Postbeförderung ℳ 60.—, mit Postbeförderung ℳ 70.—.

Annahmeschluß für Anzeigen:
Abend-Ausgabe: Vormittags 10 Uhr.
Morgen-Ausgabe: Nachmittags 4 Uhr.
Bei den Filialen und Annahmestellen je eine halbe Stunde früher.
Anzeigen sind stets an die Expedition zu richten.

Druck und Verlag von E. Polz in Leipzig.

№ 230. **Sonntag** den 7. Mai 1899. **93. Jahrgang.**

Aus der Woche.

Das englisch-russische Abkommen über China oder, wie man vielfach gern hervorhebt, der bloße Notenwechsel über das interessante Project dürfte den Staatsmännern stärkeres Kopfzerbrechen verursachen, als der Zeitungswelt. Vielleicht entpuppt es sich noch einmal als die folgenreichste der den östlichen Koloß betreffenden diplomatischen Actionen, die seit der von Deutschland mitgemachten Intervention bei den japanisch-chinesischen Friedensverhandlungen unternommen worden sind. Die Presse hat, was übrigens wohl begreiflich, der Vereinbarung gegenüber hauptsächlich die berühmte Frage: „Wer wird hier betrogen?“ ventilirt. Aber wie ehrliche Pferdegeschäfte vorkommen, so giebt es auch politische Abmachungen, bei denen jeder Theil seine Rechnung findet, und das chinesische gehört wahrscheinlich dazu. Selbst ein deutsches Blatt, das sich im Uebrigen sehr kühl verhalten zu sollen glaubt, schreibt dem „Notenwechsel“ die Bedeutung zu, daß England mit ihm das Princip der Auftheilung Chinas acceptirt habe. Das würde — was das spätere Aussehen der Landkarte betrifft — gewiß sehr viel besagen. Dennoch ist es erfreulich, daß ein Rufen nach deutschem Zugreifen, nach der Erklärung des Gebietes des Hoangho-Flusses als deutsche Einflußsphäre, fast ungehört verhallt ist. Die „Kreuz-Ztg.“ schrieb dazu sehr verständig:

„Ganz abgesehen davon, daß der Hoangho einer der am schwierigsten zu regulirenden Ströme der Welt ist, so daß viele Hunderte von Millionen nöthig wären, um solch eine Aufgabe in erträglicher Weise zu lösen, halten wir es überhaupt nicht für wünschenswerth, daß wir in absehbarer Zeit über die Grenzen hinausgehen, welche die bis heute abgeschlossenen Verträge uns sichern. Wir haben in Schantung vollauf zu thun und keinerlei Interesse daran, die Auflösung Chinas zu beschleunigen und die ohnehin erregte Bevölkerung zu einem Ansturm gegen die Fremden zu drängen. Im Gegentheil. Unser Interesse verlangt, daß ein Stillstand eintritt und China Zeit gewinnt, sich in die neuen Ordnungen einzuleben, ganz wie wir Zeit brauchten, um uns so weit zu kräftigen, daß wir die gewonnene Position auch gegen Jedermann behaupten können. Der Länderhunger scheint zu einer Krankheit auszuarten, und wir glauben nicht, daß es klug ist, mehr an sich zu reißen, als man zu halten vermag.“

Ganz unsere Meinung, was die Territorialfragen angeht. Die Sache hat aber auch ihre wirthschaftliche Seite. England läßt — selbstverständlich nicht für immer und überhaupt, aber nach russischer Meinung vorläufig und für China — den Grundsatz der „offenen Thür“ fallen und zwar in einem Abkommen mit Rußland, noch dazu in einem Augenblicke, wo trotz des in Frankreich bestehenden Dementis eine allgemeine wirthschaftliche Annäherung der beiden großen Länder sehr wahrscheinlich ist. Diese Eventualität nimmt die „Kreuzzeitung“, die übrigens, wie man gesehen, auch der rein politischen Seite der chinesischen Vereinbarung die Beachtung nicht versagt, sehr ernst. Sie meint, „daß eine ernstlich gemeinte Annäherung beider Reiche ganz dazu angethan wäre, gerade im wirthschaftspolitischen Sinne einen Umschwung anzubahnen, der uns in Deutschland keineswegs gleichgiltig lassen könnte; denn zum guten Theil auf unsere Kosten würde er sich zweifellos vollziehen“.

Auf unsere Kosten, das steht außer Frage, in Europa wie in Asien! Aus diesem Grunde sollte man auch die „feine Ironie“, der man sich in Deutschland berühmt hat, weil der Vereinbarung zwischen Rußland und England möglicherweise vor Allem „Geldhedürftigkeit“ der erstgenannten Macht zu Grunde liegt, für eine bessere Gelegenheit aufsparen. Die russische Geldbedürftigkeit ist eine sehr ernste Sache für das Ausland, denn das Zarenreich birgt nicht wie Spanien oder Griechenland, um Augenblicksnöthen zu begegnen, sondern es nimmt Gelder auf, die mit größtem Eifer und Geschick zu wirthschaftlicher und militärischer Erstarkung verwendet werden. Deshalb ist die Schadenfreude darüber, daß es nun England „anzupumpen“ zu können scheint, nicht recht verständlich. Denn die Länder, in denen Rußland Anlehen untergebracht hat, haben keinen Schaden von ihrer Creditgewährung davongetragen. Und wenn Herr Witte, wie nicht zu bezweifeln, anderwärts Anleihen aufnehmen kann, so werden diese Länder wohl Ursache haben, sich der Vortheile, die das Gläubigerverhältniß mit sich brachte, zu erinnern. Die indirecten Nachtheile bleiben bestehen, gleichviel wer der Darleiher ist, denn Eisenbahnen und Kanonen merkt man es nicht an, von wessen Gelde sie hergestellt worden sind.

Daß der Abschluß der russisch-englischen Vereinbarung ein Anzeichen dafür sei, daß wir — vom deutschen Standpunct angesehen — diplomatisch in der besten aller Welten leben, wird man also nicht so ohne Weiteres zugeben dürfen. Deshalb scheinen auch die Lobgesänge, die der deutschen Diplomatie täglich zwei Mal als Morgen- und Abendständchen aus vielen Blättern entgegentönen, — verfrüht. Freilich ist es nicht unerklärlich, daß Excesse abfälliger Kritik, wie sie in einer kleinen Anzahl deutscher Blätter begangen werden, eine Reaction hervorrufen. Nur sollte man sich fragen, ob diese Presse nicht lediglich deshalb weithin Gehör findet, weil der andere, größere Theil der Zeitungen sich allzu empfänglich für optimistische Inspirationen zeigt. Man sieht im denkenden Publicum nicht so ruhig zu und ist namentlich stutzig geworden, seit die sonst mit Vertrauen gelesene Presse mit fabelhafter Geschwindigkeit ihr Urtheil über Transvaal „berichtigt“ hat. Nicht nur im Bezug auf das politische Verhalten der deutschen Regierung zur südafrikanischen Republik; auch deren germanische Bewohner, die zwei Jahre hindurch als treffliche Stammesgenossen galten, wurden mit einem Male als eine culturfeindliche, nichtsnutzige Gesellschaft vorgeführt.

Auch die besonders am fünfzigsten Geburtstage des Staatssekretärs v. Bülow veranstaltete Brillant-Beleuchtung des Standes der Samoafrage kommt der im ungünstigen Sinne übertreibenden Presse zu statten. Am Ende ist hier nicht mehr erreicht, als die — vielleicht nur vorläufige — Suspendirung von Feindseligkeiten Englands und Amerikas, die sich als eine Nichtachtung Deutschlands darstellten. Von einem Entgegenkommen, das als Genugthuung gedeutet werden könnte, verlautet noch nichts; die provisorische Wiederherstellung eines von anderer Seite in verletzendster Form gestörten status quo ist denn doch nicht der höchste aller denkbaren staatsmännischen Triumphe.

Eduard von Simson's Ableben ist im „Reichs-Anzeiger“ in einer Kürze mitgetheilt worden, über die sich Hinterbliebene vortragender Räthe niemals zu beklagen haben. Es ist unbekannt, wodurch der Verstorbene sich die Ungnade des amtlichen Blattes — denn über dieses hinaus geht, wie der an anderer Stelle mitgetheilte Bericht über die Beisetzung der Leiche beweist, die Ungnade nicht — zugezogen hat, und weder nothwendig noch auch nützlich, Vermuthungen darüber anzustellen. Die Presse aller Parteien hat dem in so vieler Hinsicht ausgezeichneten Manne anerkennende Nachrufe gewidmet. Mit einer einzigen Ausnahme allerdings. Man bekam nämlich zu lesen:

Als der preußische Conflict auf den Gipfel gelangte, da gehörte Simson zu denen, die ihre dialektischen Künste am eifrigsten gegen Bismarck benutzten, und noch, als der große Kanzler entlassen worden war, da wurden Gerüchte laut, als habe auch Simson's Einfluß mitgewirkt an dem unerfreulichen Werke.

Zur Beleuchtung dieser Geschichtschreibung zwei Thatsachen. Fürst Herbert Bismarck hat der Familie Simson's sein Beileid ausgedrückt und die von dem angeführten Historiker gleichfalls mitgetheilte Geschichte von einem im Jahre 1849 über Simson gethanen und dessen jüdische Abkunft betreffenden Ausspruch Bismarck's ist aus einer Erzählung gerissen, in der berichtet wird, daß der erste Kanzler 37 Jahre später „freudig“ eine Gelegenheit ergriffen habe, Simson „als einen der ausgezeichnetsten, von der reinsten Vaterlandsliebe getragenen Vertreter des nationalen Gedankens, als ein edles Gefäß, in dem stets die lautersten Empfindungen zusammengeströmt seien“, zu rühmen. Es ist auch bekannt, daß Fürst Bismarck es gewesen, der nicht ohne Mühe Simson zur Uebernahme des Präsidiums des Reichsgerichts bewogen hat.

Das Ergebniß der Reichstagsersatzwahl in Melle-Diepholz ist bereits erörtert worden. Nachzutragen ist, daß die Regierungspresse es entweder gar nicht bespricht, oder den beiden Hauptgesichtspuncten aus dem Wege geht. Der Rückgang der conservativen Stimmen im ersten Wahlgange ist eine Niederlage, die die in Berlin die Berufung eines Welfen auf den braunschweigischen Thron betreibende Gruppe sich zugezogen hat. Diese Gruppe kann es natürlich dem Centrum nicht verargen, daß es in Melle direct welfisch gestimmt und dem Candidaten der preußenfeindlichen Partei in die Stichwahl geholfen hat. Sonst sollte man meinen, müßte dieses Verhalten der Klerikalen Zweifel in die Versicherungen der Staats- und Rechtstreue, in denen sich das Centrum zu ergehen beliebt, auch in höheren Kreisen erwecken. Das Schweigen der Regierungspresse deutet aber nicht auf solchen Skepticismus hin.

Der „Vorwärts“ hat natürlich den üblichen weihrauchspendenten Hofbericht über die „Maifeier“ auch in diesem Jahre gebracht. Von den Aussperrungen, die die Arbeitgeber über die Maistreiker verhängt haben, macht das Centralorgan aber, gegen seine sonstige Gewohnheit, sehr wenig Aufhebens. Sein hauptsächlichster Beweggrund dürfte aus der Thatsache gefolgert werden, daß sich für die Ausgesperrten und die wegen einer temporären Aussperrung zum ständlichen Ausstand Uebergegangenen fast allerwärts sehr leicht Ersatz findet. Die Arbeiter und selbst die „Genossen“ verargen es den Unternehmern auch nicht, daß sie sich der Zumuthung, einem Decret eines internationalen Socialistencongresses Folge zu leisten, nicht fügen. Im Auslande ist es nicht anders und die ganze Maiposse dieses Jahres verdiente keine Erwähnung, wenn sie nicht in Warschau den Anstoß zu einer von nationalpolnischer Beimischung nicht freien Demonstration geboten und nicht, wie die jüngsten Studentenunruhen in derselben Stadt, noch längerer Zeit wieder daran erinnert hätte, daß auch Rußland noch der polnischen Propaganda Aufmerksamkeit zu schenken hat.

Deutsches Reich.

⚖ **Berlin**, 6. Mai. (Schulfeste und Schulunterricht.) In den gestrigen Abendblättern wird eine Entscheidung des Kammergerichts mitgetheilt, von der wir wünschen müssen, daß sie eine Aenderung der einschlägigen Bestimmungen zur Folge habe. Das Kammergericht ist nämlich einem Urtheil eines Schöffengerichts und einer Strafkammer beigetreten, die angenommen hatten, daß Schulfeste nicht zum Schulunterricht gehören, und deshalb eine Anzahl Personen für straflos erklärt hatten, deren Kinder von einem Schulfest fern geblieben waren. Vergegenwärtigt man sich die Consequenzen, die aus dieser Kammergerichtsentscheidung gezogen werden können, so überzeugt man sich leicht, daß Maßnahmen getroffen werden müssen, um der Wiederholung der fraglichen Gerichtsentscheidung vorzubeugen. Letztere setzt, da der Beeinträchtigung der Schuldisciplin ganz abgesehen, Socialdemokraten und Polen in den Stand, ihre Kinder von Schulfeierlichkeiten, die an Kaisers Geburtstag und am Sedantage veranstaltet werden, fern zu halten. Gerade von den Polen muß man sich dessen versehen, daß sie eine so schöne Gelegenheit zur Bearbeitung der polnischen Jugend im national-polnischen Sinne nicht ungenützt werden vorübergehen lassen. Zeigt doch die soeben im preußischen Abgeordnetenhause eingebrachte Interpellation des Abgeordneten Motty, daß sich die Polen in der Umschmeichelung der Jugend von der Socialdemokratie nicht im Geringsten unterscheiden. Redet die Interpellation der Untersagung des Anwendens körperlicher Strafmittel das Wort, so werden die Herren Polen, selbstverständlich nur in der humanen Absicht, der „überbürdeten“ Jugend einen vollkommen freien Tag zu verschaffen, ihre Kinder von der Theilnahme an nationalen Schulfeiern ausschließen. Daß der Staat eine derartige Behandlung seiner Schulanstalten sich nicht gefallen lassen darf, liegt auf der Hand. So lange die Schule eine staatliche Veranstaltung ist, muß der Staat darüber wachen, daß nicht staatsfeindliche Einflüsse in den Schulbetrieb eingreifen. Wenn diese staatliche Ueberwachung nach den bestehenden Bestimmungen undurchführbar ist, so müssen sie durch andere ersetzt werden, die der Anfechtung mittels gerichtlicher Urtheile nicht unterworfen sind.

C. H. **Berlin**, 6. Mai. (Postbeiräthe.) Die Handelskammer in Hanau hatte in einer Eingabe an den Staatssekretär des Reichspostamtes die Einsetzung ständiger Postbeiräthe aus den Kreisen der Interessenten bei den einzelnen Postverwaltungsbezirken ähnlich den Eisenbahnbezirksräthen angeregt. Dieser Antrag war damit begründet, daß es ebenso wie bei der Eisenbahnverwaltung, die in den Bezirkseisenbahnräthen und dem Landeseisenbahnrathe bereits ähnliche Organe besitze, auch auf dem Gebiete des Postwesens, wo nach Verwaltung, Umfang und Zweck durchaus gleichartige Verhältnisse herrschten, nothwendig sei, eine Behörde ins Leben zu rufen, welche der Verwaltung die Wünsche der Interessenten vermitteln könnte. Mündliche Verhandlungen, die erfahrungsmäßig befriedigendere Ergebnisse lieferten als ein schriftliches Verfahren, würden die Postverwaltung zur Berücksichtigung localer Bedürfnisse veranlassen. Die Mehrzahl der Handelskammern hat sich diesem Antrage nicht angeschlossen; die Wiesbadener betont, wenn auch eine Erweiterung des persönlichen Verkehrs mit den Oberpostdirectionen wünschenswerth sei, so sei doch zu wenig Verathungsstoff für die Postbeiräthe vorhanden, weil die Tarife und die Betriebsverhältnisse der Post einfacher Natur und die bestehenden Corporationen für Handel, Industrie und Landwirthschaft als genügend zur Vertretung der Beschwerden zu erachten seien.

§§ **Berlin**, 6. Mai. Der Nachtrag zum Reichshaushaltsetat für das Rechnungsjahr 1899 ist, wie schon telegraphisch gemeldet, dem Bundesrath zugegangen. Es werden im Ganzen 8 439 990 ℳ gefordert, und zwar 940 866 ℳ an fortdauernden Ausgaben, sowie 1 911 932 ℳ an einmaligen Ausgaben des ordentlichen und 5 587 192 ℳ des außerordentlichen Etats. — 1 642 250 ℳ sind angesetzt zu Theuerungszulagen für Unterbeamte. Zur Erläuterung dieser Forderung wird gesagt: „Die Einkommensverbesserung für Unterbeamte im Etat für 1899 hat noch einer Ergänzung bedurft. Solche Ergänzung ist durch die namentlich in größeren Orten und in den Industriebezirken erschwerte Lebenshaltung, welche sich nicht blos auf die Wohnungsverhältnisse beschränkt, geboten und nicht in einer Erhöhung des Wohnungsgeldzuschusses, auch nicht etwa in einer weiteren allgemeinen Einkommenserhöhung zu finden. Die Gehaltsaufbesserung muß vielmehr als abgeschlossen gelten. Die Abhilfe soll auf dem Wege einer die Einzelverhältnisse berücksichtigenden Bewilligung widerruflicher und nicht pensionsfähiger Zulagen erfolgen, bei denen die niedrigst besoldeten Unterbeamten an den betreffenden Orten den Hauptantheil haben werden.“ Von dem angezogen, daß selbst Pobjedonoszew sich dagegen entschied. Aber man weiß auch ganz genau, daß die Wiederherstellung der früheren Gesetze nicht ein Atom an der herrschenden Unzufriedenheit ändern würde, denn vor 1884 gab es auch schon regelmäßige Studentenrevolten, und der liberalste Culturminister, den Rußland in diesem Jahrhundert gehabt hat, Sabaccow, erhielt auf einem Festactus als Quittung von einem Studenten eine Ohrfeige, nachdem er in einer Rede freiheitliche Zugeständnisse zugesagt hatte. Es sieht in dieser Hinsicht ganz wirr aus im Kopfe des russischen Studenten, und unter dem waltenden Drucke hat er seine Forderungen so hoch hinaus entwickelt, daß erst ein ganz unabsehbarer politischer Umschwung eintreten müßte, ehe sie nur halbwegs zu erfüllen wären.

Mit der Einführung des Tolstoi'schen Statutes hat sich auch das Verhältniß der Studenten zu ihren Lehrern, das ohnehin kein nahes war, noch verschlechtert. Die Studenten haben es den Professoren sehr verargt, daß sie ohne Widerstand die Autonomie der Universitäten gegen persönliche Vortheile eingetauscht haben. Zudem sind unter den Professoren sehr viele Elemente, die in Lehre und Wandel gleichmäßig zu wünschen übrig lassen und das wissenschaftliche und sittliche Deficit durch Kriecherei und Verdächtigung ihrer besseren Collegen wett zu machen pflegen. Die angesehenen und ehrenhaften Lehrer können ihren Einfluß nicht geltend machen, da sie dann höchstens der Conspiration mit den Studenten geziehen werden. Der Rector und die Inspectoren — eine Einrichtung, die man längst hätte abschaffen sollen, — holen beim geringsten Anlaß die Polizei, und damit ist die Möglichkeit, in Güte Ruhe zu stiften, verloren.

Diese immer wiederkehrenden Revolten können natürlich auch dann kein vernünftiges Arbeiten aufkommen lassen, wenn sie harmloser verlaufen als in den letzten Jahren, wo sie bis zu Straßenkämpfen mit Leichen und Verwundeten geführt haben. Es sieht schlecht um die studirende Jugend Rußlands, und bislang ist nicht die geringste Aussicht vorhanden, daß eine Besserung der trostlosen Zustände eintreten könnte.

Feuilleton.

Die Studentenunruhen in Rußland.

Von Dr. Otto Schmelzer (Schöneberg).

Nachdruck verboten.

In Rußland sind die Studentenkrawalle wieder einmal an der Tagesordnung. Seit Jahrzehnten gehören sie zu den ständigen socialen Wintererscheinungen des Zarenreiches; aber niemals haben sie solche Ausdehnung und solche Schärfe angenommen wie unter der jetzigen Regierung. Der Sommer pflegt gewöhnlich ruhig zu verlaufen, und auch im ersten Theile des Winters finden nur selten Störungen statt. Aber sobald das zweite Studiensemester beginnt, das in Rußland vom 1. Februar bis zum 15. Juni läuft, tauchen die Hetzschriften auf, welche die Bewegung vorbereiten, und wenn dann der 8. Februar, der Stiftungstag der Petersburger Universität, herankommt, so bricht der Putsch aus, und epidemieartig, mit unglaublicher Schnelligkeit verbreitet sich die Empörung über sämmtliche russische Hochschulen, zeigt fast überall den gleichen Charakter und dauert fast überall die gleiche Zeit, so daß man an dem Bestehen einer Centralleitung, die nach ihrem Ermessen auf- und abwiegelt, gar nicht zweifeln kann. Die heimlich abgehaltenen Studentencongresse, an denen sich Vertreter aller Universitäten betheiligen, liefern überdies den ausreichenden Beweis dafür, und obenein giebt das jetzt auch die Regierung zu, nachdem sie es bisher immer geleugnet hat. Bis zu diesem Jahre hatte sich nun die Universität Dorpat von den Studentenrevolutionen ferngehalten; neueren Nachrichten zufolge ist auch sie jetzt geschlossen worden. Wahrscheinlich haben die nationalen Studenten, welche die russische Regierung auf ihre Kosten seit Jahren zur Zersetzung des Deutschthums dorthin geschickt hat, die Bewegung mit hinübergetragen.

Der eigentliche und innerste Grund der unüberwindlichen Unzufriedenheit der russischen Studentenschaft ist ihre materielle, ihre wirthschaftliche Nothlage. Nur etwa die Hälfte aller Studenten besitzt nach statistischen Untersuchungen ausreichende Mittel zum Lebensunterhalt. Die andere Hälfte ist auf Stipendien oder Nebenerwerb angewiesen, und der größere Theil hiervon befindet sich in so bitterer Armuth, daß er nicht das Allereinfachste erschwingen kann, was zu des Leibes Nahrung und Nothdurft gehört. Man kann sich von dieser Art des Studentenlebens in Westeuropa schwerlich eine Vorstellung machen. Tausende von Werst durchwandern die jungen Leute, wenn sie die Schule beendet haben, um eine Universität zu erreichen. Sie sparen das Reisegeld — wenn sie es überhaupt besessen haben — und schlagen sich mit der dem Russen eigenen Sorglosigkeit und Entbehrungsfähigkeit von Ort zu Ort bis zu ihrem Ziele durch, wo sie völlig abgetrieben eintreffen. Denjenigen, die gar keine oder nur ganz geringe Mittel haben, stellt sich hier gleich ein Hinderniß entgegen, wenn sie die Hochschule besuchen wollen: die vorgeschriebene Uniform, die etwa vierzig Rubel kostet. Sie war schon einmal aufgehoben, aber der Schöpfer des neuen Universitätsstatutes, der frühere Minister des Innern, Graf Tolstoi, hat sie wieder eingeführt, viel weniger aus disciplinaren Gründen, als weil er thatsächlich in dem Preise der Uniform ein wenn auch noch so unbedeutendes Mittel sah, den Zudrang gänzlich mittelloser Leute zur Universität zu hemmen. Der Kampf um die Existenz wird dem russischen Studenten sehr schwer, obwohl er keinen Weg unversucht läßt, sich über Wasser zu halten. Die Einen hoffen auf Stipendien, die an russischen Universitäten reichlicher vorhanden sind als an den Hochschulen anderer europäischer Länder. Aber sie sind natürlich immer nur eine Hilfe für Wenige, und ihre Verleihung soll zudem so oft allem Anderen, nur nicht dem Gerechtigkeitsgefühle entsprechen, daß die Stipendiaten dem Hasse ihrer Commilitonen ausgesetzt sind. Andere suchen durch eigene Arbeit Geld zu verdienen, und die krasse Noth und das Elend in seiner fürchterlichsten Form treibt sie zu Beschäftigungen, die von der wissenschaftlichen Laufbahn weitab liegen. Menschen, die täglich nur zehn bis zwanzig Pfennige — das ist ebenfalls statistisch ermittelt — für Essen und Trinken ausgegeben haben, die weder Licht noch Heizung zu erschwingen vermögen und ihr Obdach in einem finstigen Winkel haben, hören auf, wählerisch zu sein. Man darf sich nicht wundern, wenn sie ihr tägliches Brod als Fabrikarbeiter, Kutscher, Schaffner und in Gott weiß welchen Stellungen zu erringen trachten, und man kann Denen die Anerkennung nicht versagen, die unter solchen unerhörten Opfern die Hoffnung nicht aufgeben, sich doch noch einmal für die Wissenschaft retten zu können.

Dieser Magenfrage steht die Regierung macht- und rathlos gegenüber. Sie hat viel mehr zur Abhilfe gethan, als selbst in Rußland verständige Leute glauben wollten. Aber mit der größeren Hilfe haben sich die Ansprüche gesteigert, gesteigert bis ins Maßlose. In den revolutionären Studentenzeitungen ist hundertmal die Forderung erhoben, die Regierung solle für jeden bedürftigen Studenten sorgen, also den ganz unterhalten, der gar nichts besitzt. Das ist ein offenbares Unding, denn es würde sich ein solcher Strom von jungen Leuten auf die Universitäten ergießen, daß ihre Zahl verdoppelt und verdreifacht werden müßte und ein geistiges Proletariat heranwüchse, für das kein Staat Verwendung hat. Die einzige Besserung ist von der Beschränkung des Universitätsbesuches zu erwarten; das weiß die Regierung auch, aber sie hat bisher kein wirksames Mittel gefunden, sie herbeizuführen.

Diese traurigen wirthschaftlichen Verhältnisse haben den russischen Studenten schon lange zum Kampf gegen die Regierung und ihre Organe gereizt und in ihm eine Verbitterung erzeugt, die ihn auf abschüssige politische Bahnen gebracht und ihn zum Feinde der ganzen bestehenden Ordnung, schlechthin zum Revolutionär gemacht hat. Wenn die Regierung die öffentliche Meinung damit trösten will, daß nur eine Minderheit von solchen Gedanken erfaßt sei, so weisen die Thatsachen darauf hin, daß diese Minderheit so groß und so mächtig ist, daß ihre Verirrungen die Regierung selbst dauernd zwingen, die Mehrheit mit darunter leiden zu lassen. In Wahrheit geht ein allgemeiner Zug von Widersetzlichkeit durch die ganze russische Studentenschaft, der nur bei den Einen stärker hervortritt als bei den Anderen. Den Wohlhabenden treibt dazu das Joch, unter dem er gemeinsam mit dem Unbemittelten steht: die akademische Unfreiheit, die man erst mit der Erlangung politischer Freiheit abschütteln zu können meint.

Es ist mit dieser akademischen Unfreiheit des russischen Studenten ein eigenes Ding. Man hat es in russischen Regierungskreisen längst eingesehen, daß Graf Tolstoi einen groben Fehler beging, als er in seinem Statut die Zügel so scharf